

Wo der Schuh drückt 2  
DIE LINKE will's wissen

Für Gute Arbeit 3  
Klaus Murawski im Gespräch

## Mieterschutz gibt's nur mit LINKS

Interview mit Stefan Liebich, Sprecher der Landesgruppe Berlin/  
Stadtstaaten der Bundestagsfraktion DIE LINKE

**Berlin ist eine Mieterstadt. Viele Menschen sind mit steigenden Mieten konfrontiert, müssen deshalb umziehen. Wie kann die Politik dagegen vorgehen?**

Die Möglichkeiten der Einflussnahme des Landes sind begrenzt. Man kann indirekt in die Miethöhen eingreifen, z. B. in dem in Sanierungsgebieten Auflagen erteilt werden, die bremsend auf die Neuvermietungspreise wirken. Dies bewirkt jedoch meistens sehr wenig. Oder man kann, wie mit der Ausführungsvorschrift Wohnen gezeigt, Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher vor Zwangsumzügen bewahren. Das hilft zum einen den Betroffenen selbst, bremst aber auch den Mietenanstieg bei Neuvermietung. Leider ist die Bundesregierung dagegen massiv vorgegangen, weil Armut und Verdrängung politisch gewollt zu sein scheinen.

**Berlin ist Eigentümer von kommunalen Wohnungen. Kann das Land damit nicht der Mietpreisentwicklung entgegen wirken?**

Bedingt. Kommunale Wohnungsunternehmen sollen dem Land nicht finanziell auf der Tasche liegen, da die öffentlichen Kassen infolge der falschen Bundespolitik weiterhin leer bleiben. Jeder Euro, der in kommunale Unternehmen gesteckt werden muss, fehlt dann z.B. für die Bildung. Aufgabe der Wohnungsbau-Gesellschaften wird es aber sein, zukünftig durch Wohnungsneubau dazu beizutragen, den Wohnungsmarkt zu entspannen.

**Auch dies wäre also eher eine indirekte Maßnahme zur Mietenbegrenzung. Kann man nicht gesetzlich eingreifen?**

Nicht direkt. Mietrecht ist Bundesrecht. Deshalb hat der rot-rote Senat eine Bundesratsinitiative gestartet, die, wenn sie genug Unterstützung erhält, als Gesetzesantrag in den Bundestag kommt. Durch dieses Gesetz könnten Modernisierungsumlagen sowie Mieterhöhungen bei Neuvermietungen begrenzt werden. Auch wenn viele Bundesländer vor dem gleichen Problem stehen, ist der Erfolg leider eher ungewiss. So fand im Bundestag ein Antrag der Linksfraktion zum Grundrecht auf Wohnen keine Mehrheit, da dort immer noch die irrierte Auffassung herrscht, der Markt würde das Problem lösen. Das ist schade und fatal.

**Das klingt jetzt aber resignativ.**

Nein, gar nicht. DIE LINKE muss gegen diesen Zeitgeist angehen, z.B. auch durch gewaltfreie Demonstrationen, durch Unterstützung von Projekten, die dieses Thema voranbringen. Wir müssen das weiter in Parlamenten und, wo möglich, auch in Regierungen thematisieren.

In Berlin machen wir das, trotz aller Schwierigkeiten, die eine durch die Bundesebene geplünderte Haushaltskasse mit sich bringt. In der Berliner SPD sind zwar immer noch viele der Meinung, dass die Menschen mit höheren Einkommen in der Innenstadt wohnen dürfen, und die, die es sich nicht leisten können, in den Außenbezirken. Doch selbst dort gibt es ja Probleme mit Mieterhöhungen. Uns als kleinerem Koalitionspartner ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die SPD zu sensibilisieren, was z.B. zu dieser Bundesratsinitiative geführt hat. Wir müssen weiter über die Rahmen-

bedingungen sprechen, gerade weil ich bei meinen Bundestagskollegen aus anderen Parteien und aus anderen Städten auf wenig Verständnis dabei stoße. Unsere Abgeordnetenhaus-Fraktion hat darüber hinaus Initiativen angekündigt, um die Umwandlungen in Ferien- bzw. Eigentumswohnungen sowie die Zweckentfremdung einzudämmen. Klar ist, dass eine Landesregierung ohne DIE LINKE nichts für den Mieterschutz tun wird. Die CDU ist aus ideologischen Gründen dagegen, die Wählerinnen und Wähler von Bündnis 90/Die Grünen sind weniger betroffen. Die SPD braucht weiter ein linkes Korrektiv an ihrer Seite. Je stärker, desto besser.

**Vielen Dank, Stefan.**

DIE LINKE  
Reinickendorf  
gratuliert allen  
Mädchen und  
Frauen zum  
100. Internationalen  
Frauentag 2011



# Wo Sie der Schuh drückt ...

## Die Reinickendorfer LINKE will's wissen

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf,

am 18. September dieses Jahres finden in Berlin Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) statt. Die Reinickendorfer LINKE bereitet sich darauf vor, in die nächste BVV einzuziehen. Wir glauben, dass wir gute Chancen haben.

Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, Ihre Wünsche und Sorgen sind für uns weiterhin Ausgangspunkt und Herausforderung für unser

Wirken im Bezirk. Wir finden: Politik lebt von Transparenz und muss stärker zum Mitmachen anregen.

DIE LINKE Reinickendorf wendet sich daher mit folgenden Fragen an Sie:

*Was freut Sie, was ärgert Sie, wenn Sie durch Ihren Kiez gehen? Wenn Sie einen Tag Bürgermeister von Reinickendorf wären, was würden Sie gern ändern? Was müsste*

*unbedingt mal in unserem „Bezirksparlament“ angesprochen werden?*

*Wissen Sie eigentlich, was in der BVV geschieht? Wünschen Sie mehr oder bessere Informationen über die BVV?*

*Fühlen Sie sich ausreichend informiert, wofür Ihr Geld im Bezirk ausgegeben wird? Würden Sie denn gern darüber mitreden und mitentscheiden?*

*Sind Sie auch froh, dass der Flughafen Tegel 2012 zugemacht wird? Was halten Sie von dem Plan, dort einen Forschungs- und Industriepark für Zukunftstechnologien zu errichten?*

*Gefällt Ihnen, dass das gegliederte und aussortierende Schulsystem aus Kaisers Zeiten in Berlin endlich überwunden wird? Sind Sie mit der Vielfalt der Bildungsangebote in Reinickendorf zufrieden? Halten Sie die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen auch in Reinickendorf für richtig, wenn das Eltern, Lehrer und Schüler so wollen?*

Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Gedanken, Ihre Wünsche und Vorschläge per e-Mail oder auf anderen Wegen bis Ende März mitteilen würden.

Vielen Dank!

*Yusuf Dogan  
Bezirksvorsitzender*

## BVV-Splitter

49. Sitzung, 9.2.2011

Die BVV beginnt mit einer Demonstration - zunächst vor dem Rathaus, dann im BVV-Saal. Eltern und Lehrer der Hannah-Höch-Grundschule und der Greenwich-Oberschule, verstärkt durch Jugendliche der Jugendfreizeiteinrichtung „Terra“, fordern ihre Rechte ein. BVV-Vorsteher Pohl (CDU) verlangt die Entfernung der Plakate, was befolgt wird.

In einer **Einwohnerfrage** erkundigt sich **Yusuf Dogan**, Bezirksvorsitzender der LINKEN Reinickendorf, welche Möglichkeit das Bezirksamt sieht, ... den Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern das politische Geschehen in der BVV durch die Umsetzung einer Live-Übertragung im Internet ebenfalls medial zugänglich zu machen? Bezirksbürgermeister Balzer (CDU) erklärt, dazu sei ein Beschluss der BVV notwendig.

Mit den Stimmen von CDU und SPD beschließt die BVV gegen die Stimmen von B90, FDP und der vier Einzelverordneten und bei einer Enthaltung von der SPD die **Aufgabe der Freizeiteinrichtung „Terra“ in Frohnau** (Drs.-Nr.: 1313/XVIII).

Die SPD greift mit einer Großen Anfrage (GA) das Thema **„Regelsatz Hartz IV“** erneut auf (Drs.-Nr.: 1333/XVIII) (s. Kommentar S. 3).

Mit einer GA **„Gemeinschaftsschule in Reinickendorf“** (Drs.-Nr.: 1373/XVIII) leitet die CDU ihre Konterattacke gegen den Beschluss der BVV vom 12.1.2011 ein. Schulstadträtin K. Schultze-Berndt und die Sprecher der CDU-Fraktion wiederholen ihre Schmähungen gegen die „23 Schulreformen des rot-roten Senats“, gegen die Gemeinschaftsschule als Kopie der „Einheitsschule der DDR“, gegen das „Schulexperiment auf Kosten der Kinder“. Diese Behauptungen sind längst widerlegt. Arrogant beantragt die CDU: „Der Entschließungsantrag – Drucksache Nr. 1353/XVIII - „Stadtplanung in Reinickendorf“ wird hiermit aufgehoben“ (Drs.-Nr.: 1388/XVIII). Und so geschieht es. Entgegen der Empfehlung des Schulausschusses wird der CDU-Antrag **„Keine Einheitsschulen in Reinickendorf“** (Drs.-Nr.: 1263/XVIII) mit 28 (der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Braun stimmt mit der CDU!) zu 26 Stimmen angenommen.

Die Empörung von Direktor Thlusk und seinen Kollegen, direkt an die Schulstadträtin und deren Fraktion gerichtet, ist massiv. *F. Wilhelm*

Wo drückt



SIE der Schuh?

## Wie alle Jahre

In einer Pressemitteilung ermunterte kürzlich der Reinickendorfer BVV-Vorsteher Pohl (CDU) „alle Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Bezirks ausdrücklich ..., von ihrem Mitspracherecht im Rahmen der Bürgerbeteiligung Gebrauch zu machen“ und ihre Anregungen zur bezirklichen Investitionsplanung 2011-2015 an das Bezirksamt zu richten.

Nähere Informationen seien im Internet unter [www.berlin.de/ba-reinickendorf/](http://www.berlin.de/ba-reinickendorf/) oder im Rathaus Reinickendorf (Altbau) vor dem BVV-Saal zu finden.

Formal passiert alles, wie es das Gesetz vorsieht. Bloß die Bürger nutzen ihre Rechte nicht. Das wird sicher bald - wie alle Jahre - bedauert

Ob aber die Adressaten tatsächlich erreicht werden, interessiert offenbar nicht, oder will man dies gar nicht wirklich wissen? *A.B.*

## Angemessene Nutzung?

Beschluss der Reinickendorfer BVV vom 8. Dezember 2010:

„Das Bezirksamt wird ersucht, anlässlich des 50. Jahrestages des Berliner Mauerbaus am 13. August 2011 dafür Sorge zu tragen, dass der Reinickendorfer Teil des Berliner Mauerwegs in einen angemessenen nutzbaren Zustand versetzt wird.“

Antwort des Bezirksamtes vom 18. Januar 2011:

„Das Bezirksamt wird dafür Sorge tragen, dass der Reinickendorfer Teil des Berliner Mauerwegs anlässlich des 50. Jahrestages des Berliner Mauerbaus am 13. August 2011 rechtzeitig in einen angemessenen nutzbaren Zustand versetzt wird. Wir bitten die Drucksache Nr. 1232/XVIII damit als erledigt zu betrachten.“

Ohne Kommentar.

Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

[www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/](http://www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales/)

# Gewerkschaften mobilisieren für Gute Arbeit

WIR im Gespräch mit Klaus Murawski, Beisitzer im IG Metall Ortsvorstand Berlin

Arbeit, sicher und fair! Dies ist das Motto, unter dem die DGB-Gewerkschaften für Gute Arbeit mobilisieren. Am 24. Februar fanden dazu in der gesamten Republik betriebliche und öffentliche Aktionen statt. Allein in Berlin beteiligten sich über 10 Metall-Betriebe sowie Betriebe anderer Branchen wie Bau, öffentlicher Dienst und Bildung.

## Klaus, was bezwecken die Gewerkschaften mit diesen Aktivitäten?

Die Ausuferung von prekären Beschäftigungsverhältnissen soll eingedämmt werden. In den Krisen der letzten Jahre wurden immer mehr gut bezahlte Arbeitsplätze abgebaut, z. B. durch Vergabe von Werksverträgen, Befristungen und Ausweitung der Leiharbeit.

Besonders in Industrieunternehmen wurden durch Outsourcing „teure“ Arbeitsplätze gestrichen, man konzentrierte sich auf das „Kerngeschäft“. Es wurden Beschäftigte in den Bereichen Geländeschutz, Instandhaltung, Informationssysteme, Betriebspost, Kantine usw. entlassen und durch Werksverträge an Dienstleistungsbetriebe mit geringen Löhnen ersetzt.

In Boomzeiten wurde nur auf befristete Arbeitsverhältnisse zurückgegriffen. Das Teilzeitbefristungsgesetz wurde zugunsten langer Befristungen geändert.

1972 wurde mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) die

Leiharbeit eingeführt. Die Arbeitnehmerüberlassung wurde auf drei Monate begrenzt. Leiharbeit wurde gut bezahlt, denn die gewünschte Flexibilität stellte eine hohe Anforderung dar.

## Was hat sich nun verändert?

In den folgenden Jahren wurden die Verleihdauer auf bis zu 24 Monate verlängert und 2004 die Begrenzung ganz abgeschafft. Begründet wurde dieses mit dem Argument, mehr Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Der Wirtschaft wurden so bessere Konkurrenzbedingungen geschaffen, denn Kosten durch Entlassungen konnten so vermieden werden.

2006 wurden alle Regeln, die Arbeitnehmer schützten, abgeschafft. Gefälligkeitsarbeitsverträge der Christlichen Zeitarbeitsgewerkschaft sorgten dafür, dass Billigtariflöhne unter 4 Euro gezahlt wurden - auch bei Leiharbeitsfirmen, die nicht tarifgebunden sind.

## Wie wird sonst gezahlt?

Aber auch bei tarifgebundenen gibt es keine vergleichbaren Einkommen wie bei uns im IG Metall-I-Tarif. Der Bundesverband für Zeitarbeit (BZA) zahlt Tariflöhne von mindestens 6,65 Euro (Ost) 7,60 Euro (West), das sind 1009 Euro bzw. 1153 Euro brutto im Monat. Die max. Stundenlöhne liegen aber im Vergleich BZA zu IG Metall bei 12,30 und 30,91 Euro - und das bei gleicher Arbeit. Ist das gerecht?

## Was kann man tun?

Sich gut organisiert gegen Lohndumping wehren!

Bei OTIS, dem Betrieb in Reinickendorf, wo ich arbeite, gibt es, bis auf Ausnahmen, keine Leiharbeit. Und ggf. gibt es gleichen Lohn für gleiche Arbeit - Equal Pay.

In der Zwischenzeit wehren sich immer mehr (Stamm-) Belegschaften und Betriebsvereinbarungen regeln eine bessere Entlohnung. Im Bereich Stahlindustrie wurde 2010 Equal Pay sogar in einem Tarifvertrag festgeschrieben.

## Und wie sieht die Zukunft aus?

Ab Mai 2011 wird der Zugang für Leiharbeitsfirmen aus den osteuropäischen Ländern in unseren Arbeitsmarkt geöffnet. Dann droht Arbeitslosigkeit auch bei den jetzt über 1 Mio. Leiharbeitnehmern aus Deutschland. Ein Mindestlohn von 10 Euro könnte Teil einer Lösung sein. So würde der Staat die Millionen an Hartz IV-Leistungen einsparen, mit denen die Einkommen von Leiharbeitnehmern aufgestockt werden.

Also, politisch und gewerkschaftlich gut organisiert auf Unternehmen und Staat Druck machen - nicht nur am Aktionstag der Gewerkschaften.

**Vielen Dank, Klaus.**

**Die Reinickendorfer LINKE hat das Anliegen des DGB mit einem Infostand in der Gorkistraße am 24. Februar 2011 unterstützt.**

Mehr Infos unter:  
[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)  
und  
[www.die-linke.de/politik/themen/](http://www.die-linke.de/politik/themen/)

Lesetipp:  
[www.sozialismus.de/heft\\_nr\\_3\\_maez\\_2011/detail/artikel/leiharbeit-lohndumping-mit-system/](http://www.sozialismus.de/heft_nr_3_maez_2011/detail/artikel/leiharbeit-lohndumping-mit-system/)



## DIE LINKE macht den Unterschied ...

### Ein Kommentar zur Hartz-IV-Debatte in der BVV Reinickendorf

Vier Monate nach einer Einwohnerfrage des Vorsitzenden der Reinickendorfer LINKEN, Yusuf Dogan, befasste sich die BVV im Februar erneut „mit den von der Bundesregierung für 2011 geplanten Änderungen im Hartz-IV-Bereich“.

In der Diskussion zu der Großen Anfrage der SPD ließen die Redner der Fraktionen nichts aus, was wochenlang im Bundestag zu hören war. Und das meistens schlechter. So verwandelte sich die Debatte in einen wahlkampfähnlichen Schlagabtausch ohne realen Bezug zur Situation im Bezirk.

Dabei hatte Sozialstadtrat Andreas Höhne (SPD) darauf verwiesen, dass fast 20 Prozent der Reinickendorfer Transferleistungen erhalten.

Die BVV mit einem Hörsaal wechselnd, stellte Dr. Potrafke (CDU) den Begriff „Gerechtigkeit“ in Frage. Als „Apostel der Marktwirtschaft“ führte er auf arrogante Weise einen Rundumschlag gegen solche „saublöden Ideen“ wie die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger zu erhöhen oder flächendeckende Mindestlöhne einzuführen. Wer sich einen Sozialstaat leiste, habe eben weniger Steuermittel für Straßen und andere öffentliche Güter zur Verfügung. Wichtig sei, dass die Menschen Arbeit fänden. Und wenn zu einem geringeren Lohn - na, und? Langzeitarbeitslosigkeit, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, Armut – für den CDU-Bezirksverordneten offensichtlich nur „soziales Klimbim“.

Und die SPD? Deren sozialpolitische Sprecherin, Frau Hiller-Ewers, glaubte, sich gegen den Vorwurf der CDU verteidigen zu müssen, sie hätte höhere Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger verlangt. Für sie gehe es nicht um 3, 5 oder 11 Euro mehr; entscheidend sei, wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes beachtet würden.

Das Fazit der Debatte in der BVV: Keine Fraktion stellt den entwürdigenden und repressiven Charakter des „Hartz-IV“-Gesetzes in Frage. Da Wahlen nahen, möchte man höchstens hier und da etwas reparieren. Das ändert nichts. Hartz-IV ist und bleibt Armut per Gesetz!

Wer es in Berlin und Reinickendorf tatsächlich sozial will, muss DIE LINKE wählen.

Dr. Klaus Gloede  
Stellvertretender Bezirksvorsitzender

„CDU +3 Euro= SPD. Ich möchte, dass unsere Partei nie auf eine solche Gleichung reduziert werden kann, dass wir immer dafür sorgen, dass wir die kleinen Fragen mit den großen verbinden.“

Gesine Lötzsch auf dem Parlamentarier-tag der LINKEN am 26. Februar 2011 in Magdeburg



# Warum DIE LINKE?

Weil ich glaube, dass eine Gesellschaft mehr ist, als die Summe ihrer Individuen. Weil ich davon überzeugt bin, dass gesellschaftliche Solidarität Kräfte freisetzt und internationaler Wettbewerbsfähigkeit nicht im Wege stehen muss.

Und weil ich der Meinung bin, dass jeder in diesem Land dazu in der Lage ist, etwas zum Wohle der Gesellschaft beizutragen und dass deshalb auch jeder gebraucht wird. Weil ich es sinnvoll finde, wenn Güter, wie Wasser oder Gesundheit, die für jeden von uns essentiell sind, im Sinne der Konsumenten statt der Produzenten bereit-

stellt werden. Und vor allem, weil ich glaube, dass es der Gesellschaft irgendwann teuer zu stehen kommen wird, diejenigen zurückzulassen, die, aus welchen Gründen auch immer, derzeit nicht in der Lage sind mitzuhalten.

Weil Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen für mich keine verrückten Ideen sind.

Denn verrückt ist nach Albert Einstein derjenige, der das-

selbe immer und immer wieder tut und auf unterschiedliche Resultate hofft!

*Nikolaus Mock, 29 Jahre, Politikwissenschaftler auf Jobsuche*



## Der „Tauschring“

### Ein neuer Verein in Reinickendorf gegründet

Was ist eigentlich ein Tauschring?

In einem Tauschring ertauschen sich Menschen Dinge, die sie nicht mit Geld bezahlen können oder möchten. Dabei geht es nicht um Gegenstände, sondern um Arbeitszeit und darum, seine Fähigkeiten anderen zugänglich zu machen.

Beispiel gefällig? Man kann sein Fahrrad nicht reparieren, dafür aber Gitarre spielen? Dann tauscht man Gitarrenstunden gegen eine Fahrradreparatur! Oder tauscht Einkäufe gegen Babysitten oder Mathe-Nachhilfe gegen Renovierungshilfe oder oder oder...

Für jede Stunde, die Du für jemanden etwas gemacht hast, bekommst Du eine Stunde zurück. Das ist ein Tauschring! Und so etwas gibt es jetzt auch in Reinickendorf.

Wir erklären gerne alles im Detail, was es damit auf sich hat und wie es genau funktioniert. Jeden Dienstag zwischen 17 und 19 Uhr im Roten Laden. Schaut mal rein!

*Nikolaus Mock*

## Reinickendorfer Mädchen- und Frauenwoche

Anlässlich des 100. Internationalen Frauentages laden das Bezirksamt, der Frauen- und Mädchenbeirat und Freie Träger vom 6. bis 12. März u. a. zu einem Frauenbrunch im „Interkulturellen Mädchentreff“, einer Frauenparty im „Haus am See“ und einem Frauenpolitischen Salon in der „Flotten Lotte“ ein. Im Vorwort des Veranstaltungskalenders heißt es: „100 Jahre Internationaler Frauentag, das bedeutet 100 Jahre Eintreten von Frauen für ihre Rechte, für Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben, aber auch die Selbstbestimmung über den eigenen Körper“.

## Am Rande Einstein hat Recht

Es war einmal ein Politiker der Sozialdemokratie am Eichborndamm, der klug über Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit parlierte. Er machte sich Sorgen über die Demokratiemüdigkeit der Menschen. Unsere Demokratie war für ihn eine mühevoll-volle Staatsform, die allen Schutz verdiene. Er wusste auszuteilen und vermittelte den Eindruck, es geschehe „im Interesse der Sache“.

Der interessierte Beobachter war geneigt, ihm sein politisches Motto abzunehmen: „Man kann ein Problem nicht mit den gleichen Denkstrukturen lösen, die zu seiner Entstehung beigetragen haben.“ Ganz recht, das ist von Einstein.

Frustriert – worüber auch immer – sollte oder wollte er eines Tages nicht mehr als Spitzentänzer agieren. Ganz aufzugeben behagte ihm aber auch nicht. Nun schwebt er in den heiligen Hallen der BVV als Einzelkämpfer, ist mal anwesend, mal nicht, ein bunter Schmetterling eben. Die politische Konstellation oder einfacher: Die besondere Arithmetik in unserem Bezirksparlament macht ihn dann und wann zum Zünglein an der Waage. So jüngst bei der Entscheidung gegen die Gemeinschaftsschule im Märkischen Viertel, die allen demokratischen Grundsätzen zuwider läuft.

Er redet immer noch über politische Grundwerte. Aus politischer Verantwortung müsse man sich auch mal gegen Mehrheiten stellen. „Wollen wir das, oder wollen wir das nicht? Ich will das nicht!“ schleuderte er machtvoll in den Saal.

Seine früheren Kollegen meinten einst, die Politikverdrossenheit mit dem Angebot „Mieten Sie sich einen Politiker für einen Tag!“ aufbrechen zu können. Unser motorradliebender Sportler könnte sich auch als Chamäleon anbieten.

*F. Reineke*

## Termine

Am Donnerstag, **17. März, um 12 Uhr** erfolgt in der Zeltlinger Str. 65 in Frohnau die **Verlegung des Stolpersteins für Karl Neuhof**.

Am **Samstag, 2. April, 11 Uhr** offene **Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf**: Beschluss des bezirklichen Wahlprogramms und Wahl der KandidatInnen für die BVV-Liste sowie der DirektkandidatInnen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

### Hier finden Sie uns:



## Roter Laden

Schloßstraße 22  
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

**Impressum**  
Herausgeber:  
Landesvorstand  
Berlin der Partei  
DIE LINKE,  
V.i.S.d.P.:  
Yusuf Dogan

**Wir in  
Reinickendorf**  
wird vom  
Bezirksverband  
finanziert.

**Spenden**  
sind ausdrücklich  
erwünscht:  
DIE LINKE,  
Reinickendorf,  
Berliner Bank,  
BLZ: 100 708 48,  
Kontonummer:  
525 6078 00.